



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Klaus Adelt, Martina Fehlner, Harald Güller, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Reinhold Strobl, Arif Tasdelen SPD**

**Nachtragshaushaltsplan 2016;
hier: 650 zusätzliche Stellen bei den Finanzämtern für Beamte auf
Widerruf im Vorbereitungsdienst
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 06 05 (Finanzämter) werden die Mittel im Tit. 422 21 (Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienststän­ger) von 32.259,1 Tsd. Euro um 8.711,7 Tsd. Euro auf 40.970,8 Tsd. Euro angehoben.

Die Mittel dienen zur Finanzierung von zusätzlichen 650 Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (325 Stellen A 9 Steuerinspektor­anwärter, Steuerinspektor­anwärterinnen sowie 325 Stellen A 6 Steuersekretär­anwärter, Steuersekretär­anwärterinnen).

Die Stellen werden im Haushaltsgesetz geschaffen, sowohl die Stellen in der 2. QE als auch die in der 3. QE können mit Inkrafttreten des Gesetzes besetzt werden.

Ein entsprechender Änderungsantrag zum Haushaltsgesetz wird vorgelegt.

Begründung:

Gegenwärtig werden in den Finanzämtern etwa 650 Beamtenstellen für Ausbildungszwecke verwendet, in den vergangenen Jahren lag diese Zahl sogar bei über 800. Um diese Beamtenstellen möglichst schnell für die Einstellung von Steuerbeamten in den Finanzämtern zur Verfügung zu haben, müssen bereits zum Jahresbeginn 650 Anwärterstellen geschaffen werden, die dann auch mit den bereits in Ausbildung befindlichen Anwärterinnen und Anwärtern besetzt werden können.

Im Jahr 2016 sollen die Stellen für Anwärterinnen und Anwärter lt. Verabschiedetem Haushaltsplan um 250 auf insgesamt 1.774 erhöht werden. Aufgrund der Personalbedarfsprognose sind jedoch in den kommenden Jahren ständig weit mehr als 2.000 Beamte im Vorbereitungsdienst in der Steuerverwaltung erforderlich. Die Ausbildungskapazitäten reichen (trotz des bislang im Doppelhaushalt vorgesehen Plus von insgesamt 500 Stellen in 2015 und 2016) somit bei weitem nicht aus und sollen deshalb deutlich ausgeweitet werden. Mit den zusätzlichen 650 Stellen für Anwärterinnen und Anwärter soll somit dem tatsächlichen Bedarf entsprochen und gleichzeitig die bislang für die Ausbildung verwendeten Beamtenstellen in den Finanzämtern freige­macht werden.